



### Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Namensänderungsbehörde

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, Ruppertstr. 19, 80466 München, [namensaenderung.kvr@muenchen.de](mailto:namensaenderung.kvr@muenchen.de), Tel. 233-45211

### Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landeshauptstadt München  
Behördlicher Datenschutzbeauftragter  
Burgstr. 4  
80331 München  
Telefon: 089/233-28261  
E-Mail: [datenschutz@muenchen.de](mailto:datenschutz@muenchen.de)

### Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Zur Bearbeitung und Entscheidung über einen Antrag auf Namensänderung werden personenbezogene Daten erhoben. Die Verarbeitung dient ausschließlich zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.

Ihre Daten werden aufgrund von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit folgenden Vorschriften erhoben:

- Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen

### Empfänger von Daten sind entsprechend der gesetzlichen Vorgaben:

Standesämter  
Meldebehörden  
Polizeipräsidium München  
Andere Polizeidienststellen  
Andere Beteiligte an der Namensänderung

Schuldnerverzeichnis  
Vollstreckungs- und Insolvenzgerichte  
Sonstige Behörden und Gerichte  
Aufsichtsbehörden  
Andere Namensänderungsbehörden

Übermittelt werden dürfen nur die im Einzelfall zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der empfangenen Stelle erforderlichen Daten.

### Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Akten über die Änderung von Vor- und Familiennamen sind 30 Jahre aufzubewahren und können anschließend vom Stadtarchiv übernommen werden (Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter, Nr. 1160 und 1161 des Aufbewahrungsfristenverzeichnisses).

## **Pflicht zur Angabe der Daten**

-/-

## **Betroffenenrechte**

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person bei der Namensänderungsbehörde gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen, sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben, oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.